

17.09

Bundesministerin für Gesundheit Dr. Sabine Oberhauser, MAS: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Diesen Schritt vorzuziehen, war ein Versuch, ein bisschen Luft aus diesem Drucksystem, dass wir keine Ärztinnen und Ärzte für das Land finden, zu nehmen.

Es gab ein Gespräch mit dem Kollegen Mödlhammer und es gab mehrere Petitionen, woraufhin wir dann gesagt haben: Versuchen wir, diesen Teil herauszunehmen. Wir haben die Frage der Medikamentenversorgung im ländlichen Bereich in einem weit größeren Rahmen – gemeinsam mit dem Primärversorgungsgesetz – sozusagen in der Schublade.

Lassen Sie mich klar sagen: Für uns gilt immer noch, dass die öffentliche Apotheke den Vorrang vor der Hausapotheke hat. Warum? – Man muss sechs Jahre lang Pharmazie studieren, ist dann nach dem Aspirantenjahr, glaube ich, fünf Jahre lang angestellter Apotheker in einer Apotheke, bevor man als Apotheker oder Apothekerin selbständig arbeiten kann. Das ist ein hoch qualifizierter Beruf. Das können Ärztinnen und Ärzte in der Endausprägung nicht leisten. Es wäre völlig fatal, zu sagen, das Pulverl verkauft dann der Doktor.

Ich glaube, dass wir eine Mischung brauchen. Das, was Sie geschildert haben, ist die Frage: Wenn ich mit meiner Mama oder mit meinen Kindern zum Arzt fahre, muss ich dann noch in die nächste Apotheke weiterfahren? – Für Notfallmedikamente oder für solche Medikamente wie Antibiotika, die man laufend braucht, ist das eine gescheite Geschichte, wenn das beim Arzt vorrätig ist. Aber die meisten von Ihnen kennen wahrscheinlich die Hausapotheken und wissen, wie klein dort oft das Depot ist und wie groß im Gegensatz dazu das Angebot an verschiedensten Medikamenten in der öffentlichen Apotheke ist. Was wir gemeinsam mit Apothekern und Ärzten in Planung haben, ist die Frage der Filialapotheke, die Frage der Zustellung. Das heißt, dass man, wenn man beim Arzt etwas verschrieben bekommt, das telefonisch bestellt und die Apotheke das liefert.

Das ist ein umfassendes Paket, das wir gemeinsam mit, sage ich einmal, der Frage der Neustrukturierung oder Weiterstrukturierung der Primärversorgung bei uns in der Schublade haben und das wir auch gemeinsam mit der Apotheker- und Ärztekammer verhandeln.

Uns ist es prinzipiell wirklich darum gegangen, einfach einmal zu schauen, dass wir die Luft aus dem System herausholen. Ist es wirklich die Hausapotheke, die die Ärztinnen

und Ärzte auf das Land bringt? – Ich glaube es nicht. Ich glaube, es sind viele Dinge – es ist ja angeklungen –, die Ärzte daran hindern, auf das Land zu gehen.

Oft wissen sie nicht, wie man sich selbstständig macht. Es wird zwar immer wieder gepriesen, dass der Arzt ein freier Beruf, ein selbständiger Beruf sei, aber im Studium lernt man dazu relativ wenig. Die Ärztekammer, sage ich, hätte da eine große Verpflichtung, auch in der Frage der Ausbildung zu schauen, dass auch wirtschaftlich ein Fundament gelegt wird. Das heißt, dass die auch wissen, was sie brauchen, wie man die Steuern macht, wie das funktioniert, wie man kalkulieren muss und wie viel man einnehmen muss, um die Miete zu bezahlen. Das heißt, es geht um all diese Dinge. Das wird ein Mix sein. In der Lehrpraxis haben wir schon nachgezogen, das heißt, die Lehrpraxis wird erhöht. Wir hoffen, dass wir damit auch attraktivieren, dass viele dann sagen: Okay, das gefällt mir doch ganz gut, das ist besser, als in das Spital zu gehen. – Das heißt, es wird im Prinzip multifaktoriell sein.

Ich fand diese Lösung mit dem Fonds, wie gesagt, sehr spannend, dass die, die eine Hausapotheke haben, in einen Fonds einzahlen, aus dem die Ärzte bezahlt werden, die keine Hausapotheke haben. Das wäre so, wie wenn der Wirt, der einen Gastraum hat, den er für Feste vermieten kann, für die anderen Wirte ohne Gastraum einen Fonds macht und denen dann auch irgendwie das Geld gibt. (*Zwischenruf des Bundesrates Oberlehner.*) – Ist das nicht das Gleiche? (*Allgemeine Heiterkeit.*) Also ich glaube, dass das in dieser Frage ein bisschen schwierig ist, dass einer, der eine Hausapotheke hat, für die anderen bezahlt. (*Bundesrat Oberlehner: ... kann ja selber den Saal bauen!*) – Bitte? (*Bundesrat Oberlehner: Der Wirt kann ja selber den Saal bauen ...!*)

Ich glaube, dass ein Arzt sechs Jahre lang Medizin studiert hat – und das soll er tun. Und wenn er Medikamente für den Notfall mithat, dann soll er vielleicht – auch das ist ein Teil dieses Paketes – ein bisschen mehr Medikamente in seiner Tasche haben dürfen; aber die sollen für den Notfall und den Nachtdienst sein und **nicht** für einen geregelten Apothekenbetrieb.

Deswegen auch die Frage der Grenzen: Wie macht man das? Wenn ich überall eine Hausapotheke habe, bekomme ich keine öffentliche Apotheke hin. Das heißt, ich muss wirklich abmessen, abwägen und schauen, wie es ist.

Noch etwas, weil das hier ja die Länderkammer ist und Sie gesagt haben, es ist nicht Ihre Aufgabe, den Raum für Ärztinnen und Ärzte zu attraktivieren: Genau das ist die Aufgabe von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern.

Wenn ich Vorarlberg als Beispiel hernehmen darf: In der Frage des klinisch-praktischen Jahres – des letzten Jahres des Medizinstudiums – wurde lange herumgeeiert, wer wo welche Studierenden bekommt. Vorarlberg hat ganz gescheite Geschichten gemacht, denn Sie haben erstens gut bezahlt, zweitens Wohnungen gebaut und drittens Kinderbetreuung zur Verfügung gestellt. Die jungen Kolleginnen und Kollegen sind aus ganz Österreich nach Vorarlberg gegangen.

So funktioniert Regionalpolitik. Ich glaube, es ist auch die Aufgabe der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, zu schauen, wie man das so strukturieren kann, dass auch junge Ärztinnen und Ärzte kommen. Das waren die Bildungseinrichtungen, da bin ich völlig dabei. Das ist wahrscheinlich auch das Umfeld. Das ist die Strukturierung des Ganzen, also wie das Haus gebaut wird, wo die Ordination ist, wie man in die Gemeinde eingliedert wird.

Das heißt, wenn wir gemeinsam an diesem Paket arbeiten, dann sollte es uns wirklich gelingen, die Versorgung mit Ärzten und mit Medikamenten in ganz Österreich sicherzustellen. *(Beifall bei ÖVP, SPÖ und Grünen sowie bei Bundesräten der FPÖ.)*

17.14